

"Wir sind nicht Sprachrohr einer Partei"

INTERVIEW: IG-Metall-Chef Berthold Huber pocht auf die Eigenständigkeit der Gewerkschaften

Klaus Brandner gibt das Amt des ersten Bevollmächtigten der IG Metall in Gütersloh auf. Bedauern Sie das? BERTHOLD HUBER: Natürlich. Klaus Brandner hat über 20 Jahre die Verwaltungsstelle Gütersloh geleitet. Einen so bewährten Kollegen lässt man nicht gerne ziehen. Zum Glück verlässt er ja nicht die politische Bühne, sondern befindet sich als parlamentarischer Staatssekretär im Arbeitsministerium noch stärker in der Mitte der Politik. Zur aktuellen Politik: Teilen Sie die Ansicht von Jürgen Rüttgers, dass Geringverdiener mit vielen Beitragsjahren eine höhere Rente bekommen sollten? HUBER: Wir brauchen in der Gesellschaft grundsätzlich eine Debatte über ein solidarisches Rentensystem. Da müssen sich aber auch junge Menschen in dem Versprechen wiederfinden, in Zukunft ein Auskommen im Alter zu haben. Was Rüttgers jetzt sagt, greift mir zu kurz und riecht nach Populismus. Wissenschaftler sagen, dass die Altersarmut nicht so groß sei und die Alleinerziehenden viel schlechter dran seien. . . HUBER: Solche Vergleiche bringen nichts. Es gibt Not bei Alleinerziehenden. Gleichzeitig gibt es aber das Problem, dass Menschen, die 40 oder 45 Jahre lang gearbeitet haben, im Alter massiv an Lebensstandard einbüßen. Wir sortieren das Übel doch nicht nach Geschmack. Sind die Gewerkschaften immer noch gegen die Rente mit 67? HUBER: Ja. Ich halte die Rente mit 67 für einen Irrtum. Denn sie nimmt keinerlei Rücksicht auf die Erwerbsbiographie der Menschen. In der extrem produktivitäts- und exportorientierten Metall- und Elektroindustrie sehen wir im Automobilsektor oder bei der weißen Ware wie bei Miele, dass die Menschen die Arbeit am Fließband im Ein- oder Zweiminutentakt im Alter gar nicht

mehr packen können. Wir brauchen flexible Übergänge in die Rente. Bei uns wird oft nur in Schwarzweißkategorien gedacht: entweder bis 67 oder gar nichts. Aber so einfach ist die Wirklichkeit nicht. Die Menschen haben immer häufiger den Eindruck, dass der Aufschwung an ihnen vorbeigeht. Hilft die Mitarbeiterbeteiligung, auf die sich die Große Koalition geeinigt hat? HUBER: Da müssen Sie aber sehr lange ansparen. Sie wirkt nur über einen langen Zeitraum und hilft nur denjenigen, die es sich leisten können. Der jetzige Aufschwung wird durch die Mitarbeiterbeteiligung auf keinen Fall bei den Menschen ankommen. Denn leider ist es so, dass die Lohnentwicklung bei breiten Schichten der Bevölkerung unterhalb der Inflationsrate liegt. Das ist bei Elektro und Metall zwar nicht der Fall, aber bei vielen anderen Menschen. Ist die ungenügende Lohnentwicklung ein Zeichen für schwächere Gewerkschaften? HUBER: Ich will die Probleme der Gewerkschaften nicht kleinreden, aber in erster Linie liegt das an der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, wie zum Beispiel schlechtbezahlter Leiharbeit. Jeder fünfte Beschäftigte bekommt keinen auskömmlichen Lohn mehr. Wir leben in einer Ökonomie, die rücksichtslos allein auf kurzfristige Ergebnisse setzt. Hilft der Mindestlohn? HUBER: Der Mindestlohn wird nicht alle Probleme lösen. Aber wir haben Bereiche, wo sich zum Beispiel die Arbeitgeberverbände aufgelöst haben und wir gar keine Tarifverträge mehr abschließen können. Das betrifft im Handwerk Hunderttausende. In der alten Bundesrepublik gehörte es für Unternehmer dazu, im Arbeitgeberverband zu sein und selbst wenn man nicht Mitglied war, die Tarifverträge zu übernehmen. Dieses Denken hat in den vergangenen 15 Jahren abge-

nommen. Liegt das am Profitstreben oder an der Globalisierung? HUBER: Mit Globalisierung haben die Handwerksbetriebe gar nichts zu tun. Die sind nur in der Binnenökonomie tätig. Und die Elektro- und Metallbranche beweist mit ihren Exportrekorden alljährlich, dass sie auf den internationalen Märkten Spitzenreiter im Wettbewerb ist. Nein, es liegt an einem Verfall der Moral. Viele Arbeitgeber erkennen den Beitrag ihrer Belegschaften nicht mehr an. Das kann auf Dauer nicht gutgehen, weil die Menschen sich das nicht gefallen lassen. Stimmt der Eindruck, dass sich das Verhältnis der Gewerkschaften zur SPD gebessert hat? HUBER: Hartz IV und die Rente mit 67 haben nie unsere Zustimmung gefunden. Es gehört aber zu einem offenen Politikstil, dass wir das ansprechen. Dabei ist uns völlig wurscht, ob das von Rot-Grün stammt oder der Großen Koalition. Wir sind unabhängig. Als Einheitsgewerkschaft haben wir nicht die Aufgabe, das verlängerte Sprachrohr einer Partei zu sein: weder von der Union, der SPD, der Linkspartei oder den Grünen. Wir sind eigenständig - ohne dabei zu vergessen, dass unsere Wurzel sozialdemokratisch geprägt ist. Dass der Aufschwung nicht bei den Leuten ankommt, liegt nach Ansicht von Berthold Huber an den prekären Arbeitsverhältnissen, wie der schlechtbezahlten Leiharbeit. Mit Huber sprach Alexandra Jacobson.

Abbildung: